

Weltanschauung und Politik in den heutigen USA. Barack Obama und der „neue Kulturkampf“ um die Führung der anglo-amerikanischen Weltmacht

Roland Benedikter¹

The relationship between Worldviews and Politics in the USA today. Barack Obama and the "new cultural battle" for political supremacy in the US

English Summary: This article provides an analysis of the current relationship between Politics, Culture and Worldviews in the USA under Barack Obama. The present "great Obama divide" of US domestic politics consists in the division between institutional and contextual (cultural and worldview) politics. Obama has induced their current opposition when he ran for the US Presidency by profiling himself as a "cultural" candidate "against the system". One result is that by becoming part of the system after being elected, Obama has lost some of his initial "revolutionary" appeal; a second effect is that the opposition is now trying to turn the tables by mobilizing the contextual political sphere against Obama's control of the institutional power. In fact, the Republicans, rather than concentrating on traditional ways of regaining power focus on launching a new "worldview" battle against Obama in the hope to use the pre-political sphere to eventually regain the institutional political majority. The overall result is a general climate of "worldview mobilization" in the USA, and an increased influence of cultural and worldview philosophies onto the institutionalized mechanisms of politics. Pre-political movements like the conservative "inverting the myth - inverting the paradigm" movement or the "tea party" movement are the expression of attempts towards a new "cultural battle" for "the soul of the USA," which has to be understood in its basic mechanisms, if the "Obama constellation" shall be understood. This article sketches some core elements of Obama's worldview that are in play in this game, and it argues that many actions of Obama on the field of foreign politics are (and will be) to a noticeable extent co-oriented toward influencing the domestic "worldview battle."

Im Januar 2010 ging Barack Obamas erstes Amtsjahr, von so vielen Hoffnungen begleitet, zu Ende. Sein zweites Amtsjahr begann vielversprechend mit dem Erfolg bei der Gesundheitsreform Ende März 2010. Doch trotz dieses Erfolges sind Obamas Zustimmungswerte in der ersten Hälfte seines zweiten Amtsjahres auf unter 50% gesunken. Er ist damit der Präsident der vergangenen 50 Jahre, der am Beginn des zweiten Amtsjahres die niedrigsten Zustimmungswerte aufweist, und ausserdem derjenige, der den absoluten Rekord im

¹ **Roland Benedikter**, geboren 1965, Dott. lett. Dr. phil. Dr. phil. Dr. rer. pol., ist seit September 2009 Europäischer Stiftungsprofessor für Soziologie mit den Schwerpunkten Kontextuelle Politikanalyse, Kulturanalyse und Politische Soziologie am "Forum für das zeitgenössische Europa" der Stanford Universität und am "Zentrum für Globale und Internationale Studien" der Universität von Kalifornien in Santa Barbara. Benedikter schreibt in Stanford und Santa Barbara ein Buch über Obamas Weltanschauung und über ihren Einfluss auf seine Politiken. Autorisierte Homepages: <http://fce.stanford.edu/people/rolandbenedikter/> und http://en.wikipedia.org/wiki/Roland_Benedikter. Kontakt: rben@stanford.edu.



Verfall von Zustimmungswerten in der kürzesten Zeit aufweist. Bis auf den mühsamen und äusserst knappen Abstimmungserfolg bei der Gesundheitsreform - zugegebenermassen ein Jahrhundertprojekt in der Nachfolge Ted Kennedys - kamen die meisten seiner Vorhaben bisher nicht so recht vom Fleck. Die Frage stellt sich: Wo liegen die Gründe für Obamas Krise? Und: Welche Macht hat er wirklich? Ist er - mehr als seine Amtsvorgänger - öffentlicher Meinung und Klientel-Interessen ausgeliefert, die sich bekanntlich rasch wandeln? Vor allem aber: Welche Rolle spielen kulturelle und weltanschauliche Aspekte in der heutigen innenpolitische Lage der USA? Und wo steht Obama dabei?

Das Damoklesschwert der Begeisterung

Obama ist ein Präsident, der gerade wegen der Begründung seiner Politiken auf Hoffnung, Wandel, Idealismus und Ideale mehr als andere von der „Gnade des Augenblicks“ und von der „Gunst des Publikums“ abhängig ist. Eine Gunst, die sich in der ersten Hälfte seines zweiten Amtsjahres gegen ihn zu wenden scheint. Die Begeisterung schwindet, und damit schwindet seine wichtigste Legitimationsgrundlage. Sein Vorgänger George W. Bush hatte diese Begeisterung nie, also war er auch nie von ihr abhängig. Obama wusste zwar von Anfang an um die fundamentale Zweischneidigkeit seines überwältigenden öffentlichen Zuspruchs. Doch er weiss heute deutlicher als zuvor, dass die öffentliche Meinung in seinem Fall - dem Fall eines „Ideenkämpfers“, der mit der Macht der Inspiration in das Amt kam - besonders einflussreich über Erfolg oder Misserfolg entscheidet. Und er weiss, dass damit kontextuelle Politikfaktoren aus dem vorpolitischen Feld, oder pointierter ausgedrückt: dass die im erweiterten Sinn „geistige“ Dimension sowohl seine größte Stärke und Kraftquelle wie auch seine wichtigste Achillesferse und Angriffsfläche ist.

Man hat den Eindruck, dass Obama deshalb inzwischen stark auf Durchhalteparolen setzt, die zum Teil fast trotzig klingen. So wie Mitte Januar 2010 zum Beispiel: „Besser eine Amtszeit lang ein guter Präsident, als zwei Amtszeiten lang ein mittelmässiger.“² Derartige Durchhalteparolen, die er auch anlässlich der programmatischen Ankündigung seiner Arbeitsschwerpunkte für das zweite Amtsjahr - Arbeits- und Beschäftigungspolitik, Afghanistan - am 27. Januar äusserte, sind nur die Bestätigung für eine unerwartet schwierige Lage, die unerwartet früh eingetreten ist.

Sie zeigen, dass Obama inzwischen tatsächlich mit einem Scheitern nach bereits einer Amtszeit rechnet. Die Gründe dafür sind vielfältig, liegen aber bei genauerer Analyse weit eher im vorpolitischen und kontextuellen: das heisst im in erweitertem Sinn „weltanschaulichen“ Politikfeld denn in der institutionalisierten, normativen Politikebene. Inwiefern?

Berücksichtigt man Obamas überproportionale Abhängigkeit von öffentlichem Zuspruch, Kulturpsychologie und weltanschaulicher Zeitgenossenschaft, dann wird deren allmähliches Versiegen - also der Virus in der „Software“ seiner Präsidentschaft - zu einer realen Gefahr für seine weitere Amtszeit.

² B. Obama, zitiert nach: M. Kilian: Barack Obama hat lieber eine gute als zwei mittelmässige Amtszeiten, sagt er dem Sender ABC News. In: Tagesanzeiger Zürich, 27.01.2010.

Dazu kommen zusehends komplexe und vernetzte Probleme in der politischen „Hardware“ seiner Präsidentschaft - wie etwa die Blockaden seiner Vorhaben betreffend Gesundheits- oder Wirtschaftsreform oder die Niederlage bei der jüngsten Nachwahl des vakanten Senatssitzes des verstorbenen Ted Kennedy am 19. Januar 2010 im Staat Massachusetts, zuvor 50 Jahre lang Hochburg der Demokraten. Die Republikaner haben damit eine sogenannte „Sperrminorität“ im Senat erlangt und können den Präsidenten mittels Obstruktionspolitik nun zusätzlich behindern.

Langfristig vielleicht am wichtigsten aber sind für Obama die sich häufenden symbolischen Niederlagen – das heisst Niederlagen genau auf seinem eigenen Kompetenz- und Stärkefeld, das ihm 2008 den Sieg über die Republikaner eingebracht hat. Darunter war zuletzt zum Beispiel das Scheitern der Durchführung der Terrorprozesse gegen Khalid Sheikh Mohammed und andere vier Angeklagte wegen der Terroranschläge vom 11. September 2001 in New York. Obama hatte als amtierender Präsident die Verlegung der Prozesse von einem Kriegsgericht an ein Zivilgericht am Ort der Anschläge politisch und argumentativ stark forciert, um den versprochenen „Wandel“ auch in der Art der Terrorbekämpfung symbolisch zu vermitteln. Er hatte dabei in Übereinstimmung mit seiner liberalen, progressiven und integrativen Geistesart eine symbolisch zu verstehende doppelte Programm-Botschaft an die eigene Gesellschaft, aber auch an die Welt vermitteln wollen: einerseits eine neue „Zivilisiertheit“ und Grosszügigkeit der USA, die mit dem Habitus des „kriegerischen Idealismus“ der Bush-Ära brechen; andererseits eine Abwertung der Terroristen von „feindlichen Kämpfern“ zu gewöhnlichen Verbrechern.

Die Stadt New York lehnte aber Anfang Februar 2010 die Durchführung der Prozesse aus Sicherheits- und Kostengründen ab, weshalb diese, was erhebliche Verspätungen und Kosten bedeutete, erneut an ein Sondergericht auf einer US-Militärbasis beziehungsweise in einem Gefängnis-Komplex verlegt werden musste, was Obama zähneknirschend akzeptieren musste.³ Man muss dies in einer Präsidialdemokratie wie den USA als deutliche Demütigung des amtierenden Präsidenten ansehen.

Insbesondere bei derartig symbolisch-„kontextuell“ stark rezipierten - und von den Republikanern mit allen medialen Mitteln 24 Stunden pro Tag ausgenutzten - Niederlagen wie dieser riskiert Obama zusehends sein Gesicht. Was er sich zweifellos einige Male erlauben kann, was sich aber in der ersten Hälfte des zweiten Amtsjahres derart überproportional häuft, das es bei weiteren Fällen zu einem ernsthaften Problem für seine weitere Amtszeit werden kann. Zu einem Problem nämlich, das ihm aus seiner eigenen Bastion heraus: aus der vopolitisch-kontextuellen Ebene heraus derart schadet, dass er politisch instabil wird.

Diese Gefahr steht derzeit real im Raum. Sollte Obama, wie es sich angesichts seiner aussergewöhnlich niedrigen Zustimmungswerte im ersten Drittel 2010 abzeichnet, im Spätherbst 2010 auch die „Halbzeitwahlen“ (midterm elections) zum US-Kongress verlieren, die von der US-Verfassung bewusst zur Halbzeit der Amtszeit jedes Präsidenten angesetzt werden, um diesen unter Leistungsdruck zu setzen und ihn neu zu motivieren, und bei denen etwa die Hälfte aller Abgeordneten zur Wahl steht, dann steht eine zweite Amtszeit Obamas bereits zur Disposition. Dazu muss man wissen, dass der amtierende Präsident diese Wahlen fast immer

³ Time Magazine International, Eigenbericht: New York City Saying No To The 9/11 Trial. In: Time Magazine, February 15, 2010, p. 10.

verliert, weil der US-Wähler nach zwei Amtsjahren meist die Opposition stärkt, um eine gegenüber dem Wahltag größere Balance zwischen Präsidential- und Parlamentsmacht herzustellen.

Interessensgruppen hinter den Kulissen

Es scheint zusammenfassend ein Paradoxon zu sein: Gerade der am meisten bejubelte und mit den größten Hoffnungen und Vorschusslorbeeren versehene Präsident seit John F. Kennedy, Barack Obama, erlebt seit einigen Monaten die größten Verluste und die schmerzhaftesten innenpolitischen Niederlagen aller US-Präsidenten der vergangenen fünf Jahrzehnte. Wie konnte es nach der unvergleichlichen Anfangs-Euphorie um ihn zu dieser Situation kommen?

Wichtig ist zunächst zu sehen, daß die meisten von Obamas Vorhaben bisher weniger von aussen, als vielmehr von innen blockiert wurden – in wesentlichen Teilen sowohl direkt wie indirekt von seinen eigenen Anhängern und Parteifreunden. Beobachter sprechen bereits davon, dass Obama von denselben Interessensgruppen, die ihn an die Macht gebracht haben, nun „verraten“ wurde. Was genau ist damit gemeint? Und: Welche Rolle spielen Interessensgruppen hinter den Kulissen derzeit grundsätzlich in den Vereinigten Staaten?

Die Systemrationalität der USA steht seit jeher zwischen Interessensgruppen, Politik und „Geist“. Klientel-Interessen sind hier immens wichtig. Dies nicht zuletzt deshalb, weil die USA viel stärker als Europa auf das Prinzip von Selbstverantwortung und Eigenleistung bauen: „Kümmere Dich selbst darum, dann verdienst Du es auch, dass es gelingt“. Das macht Lobbyismus: das Sich-Kümmern um eigene Interessen, hier zu einer öffentlich anerkannten Arbeit, während sie in Europa eher einen zweifelhaften Ruf hat.

Ein zweiter Grund ist, dass „vorpolitische“ Faktoren wie Kulturpsychologie, Weltanschauung, philosophische Gedankengebäude und Religion in den USA einen viel stärkeren und direkteren Einfluss auf die normativ formalisierte Partei- und Institutionenpolitik haben als in Europa - und diesen auch geltend machen. Die Obama-Administration macht in dieser Hinsicht keine Ausnahme. Im Gegenteil: Sie ist sogar entscheidend durch die Mobilisierung vorpolitischer und kontextueller Politiken an die Macht gekommen.

Doch wenn vorpolitische oder „kontextuelle“ Politikfaktoren - das heisst: eine Idee, eine Ideologie, eine Weltanschauungsbeschwörung, ein Ideal, ein richtungspolitischer Kulturansatz, eine Kulturpsychologie des Aufbruchs und der Begeisterung - einen vergleichsweise großen Einfluss auf die normativ geordnete Politik und ihre Institutionen haben wie unter Obama, so hat das Vor- und Nachteile.

Der *Vorteil* ist, dass das gesamte System ideenoffener wird, dass es einen höheren Anteil an Idealisierung aufweist und dass es Flexibilität zu relativ raschem Wandel erlangt.

Der *Nachteil* ist, dass es dadurch überproportional anfällig für den Wandel der öffentlichen Meinung wird. Vor allem aber, dass es tendenziell den professionellen weltanschaulichen „Meinungsmachern“ im vorpolitischen Bereich der Medien erlaubt, einen viel wirkungsvolleren „ideologischen“ Druck auf die Politik zu entfalten.

Genau letzteres ist heute der Fall. Es ist der entscheidende Grund für Obamas Krise. Obamas Krise kommt letztlich nicht aus der im engeren Sinn politischen Sphäre, sondern aus der Veränderung in der öffentlichen Vernunft Amerikas.

Wie kann man das verstehen?

Der neue Weltanschauungskampf in den USA: Die Mobilmachung des vorpolitischen und kontextuellen (einschliesslich des kulturellen) Politikfeldes gegen Obama

Für offene Gesellschaften gilt: Ideenkraft und Normen müssen sich in einem ausdifferenzierten Gesellschaftsorganismus die Waage halten, sonst wird das Ganze instabiler als nötig. Das haben uns die wichtigsten gesellschaftspolitischen Vordenkerinnen und Vordenker des 20. und 21. Jahrhunderts gezeigt.

Bei Barack Obama aber war die Kraft der Ideen derart ausschlaggebend für seinen kometenhaften Aufstieg und die Machtergreifung, dass ihr allmähliches Versiegen nun zu seiner größten Gefährdung wird. Die Legitimation und Macht des Amtes, also die normative Ebene, ist ihm daher weit weniger hilfreich als seinen Vorgängern – eben, weil er als „Ideenmann“ gilt: als jemand, der sich im Wahlkampf ausdrücklich als „vorpolitische“, als „kontextuelle“, als „geistige“ Kraft „gegen das etablierte politische System Washingtons“ profilierte – und damit gewann. Diese strategische Konstellation wendet sich nun gegen ihn.

Warum?

Weil Obama mit dem Amtsantritt am 20. Januar 2009 zwangsläufig selbst zum wichtigsten Systemvertreter geworden ist. Damit hat er in der unbewußten Empfindung der Öffentlichkeit „die Seiten gewechselt“. Er wurde vom „vorpolitischen“ Geistes-Kämpfer gegen das normierte System zum alltäglich medial präsenten Systemvertreter. Dadurch verlor er nach und nach seinen geistigen „Appeal“.

Das nutzen die Republikaner aus. Sie versuchen nun, Obamas ehemaligen Stärkepunkt unter ihre Kontrolle zu bringen: Die kontextuelle, kulturelle, „geistige“ Dimension. Oder wie es der republikanische Präsidentschaftskandidat 2008 Mike Huckabee ausdrückte: Die „Weltanschauungshoheit muss zurückgewonnen werden. Dann werden wir auch wieder politisch siegen.“⁴ Das ist der Schlüssel zum Verständnis der heutigen Situation. Was wir heute in den USA haben, ist eine tiefe gesellschaftliche Spaltung, welche durch die Mobilmachung weltanschaulicher Dimensionen gegen Barack Obamas Präsidentschaft bestimmt wird - also durch den Kampf zwischen vorpolitisch-kontextuellen und normativ-institutionalisierten Politikdimensionen. Ein Beispiel?

Führende Republikaner wie etwa Mike Huckabee oder Newt Gingrich haben sich nach der Präsidentschafts-Wahlkampfniederlage im November 2008 in die Bild- und Internetmedien, vor allem das Fernsehen zurückgezogen. Sie haben dort eigene Talk- und Meinungsshow, die fast

⁴ M. Huckabee, in: The Huckabee Report Online, <http://www.mikehuckabee.com/>, January 17, 2010.

täglich gesendet werden. Sie machen von dort aus nun täglich Stimmung gegen den Präsidenten und seine Politiken. Sie stilisieren diese Stimmungsmache – und genau dies ist entscheidend, um die Logik hinter den Kulissen zu verstehen, welche die heutigen USA prägt – nicht als einen politischen oder themenorientierten, sondern vielmehr als einen Weltanschauungskampf: als einen „geistigen“ Grundsatzkampf um die Ideale der USA an sich, um die „Seele Amerikas“. Es ist ein Kampf, der vorgibt, von Idealen, Religion, Spiritualität entscheidend mit impulsiert zu werden. Sie werden von zahllosen „rechten“ Meinungsmachern unterstützt, darunter Charles Krautmacher, Glenn Beck, Sean Hannity, Bill O’Reilly, Greta van Susteren, Rush Limbaugh, oder dem noch immer aktiven Oliver North, der längst zu einer Ikone der Republikaner geworden ist. Sogar der Harvard-Geschichte-Professor und für die USA einflussreiche Theoretiker des britischen Empires Niall Ferguson tritt in letzter Zeit immer öfters kritisch gegen Obama an die Öffentlichkeit.

Ein weiteres Beispiel unter vielen, die insgesamt allerdings System haben: Es gibt hier seit Obamas Amtsantritt eine eigene „kulturelle“ Bewegung mit zivilgesellschaftlichem Anspruch, die „Inverting the Myth – Inverting the Paradigm“ Bewegung heisst, also: „Stelle den Mythos und damit das Paradigma auf den Kopf“. Damit ist gemeint, dass Obamas Mythos mittels Offenlegung der Schwächen seiner Weltanschauung auf den Kopf gestellt werden soll. Diese „vorpholitische“ Bewegung betreibt täglich qualitativ gehobene „philosophische Hetze“ gegen Obama, und zwar nicht nur auf dem traditionell republikanernahen Informationsnetzwerk „Foxnews“, sondern auch auf angesehenen Bildungs- und Kulturkanälen – mit bereits heute weitreichenden Erfolgen auf das Wahlverhalten der Amerikaner, wie die letzten Zwischenwahlen gezeigt haben.

Dazu kommt bereits seit dem Amtsantritt Barack Obamas die neue rechts-konservative „Tea-Party-Bewegung“, eine Bürgerbewegung, die sich aus verschiedensten Einzelorganisationen zusammensetzt. Sie veranstaltete im Februar 2010 ihren ersten nationalen Kongress und will Obama ebenfalls aus dem vorpolitischen Feld heraus mittels einer „weltanschaulichen Offensive“ zu Fall bringen. Sie wirft Obama eine „unmoralische“ Politik vor und verspottet ihn als trockenen Jura-Professor, der nicht das Zeug zum „Oberkommandierenden“ habe. Nicht politische Angriffe gegen Entscheidungen und ihre Grundlagen stehen in ihrem Zentrum, sondern „geistig-ideelle“ Angriffe *ad personam*. Eines ihrer öffentlichen Zugpferde ist die ehemalige Präsidentschaftskandidatin Sarah Palin, die nie versäumt, Gott gegen Obama ins Feld zu führen – darunter mit dem Hinweis, daß „Gott selbst“ die Ölpipeline in ihrem Heimatstaat Alaska gebaut haben wolle, was ausschlaggebend sei, weil Menschen ein solches Riesenwerk von sich aus nie zustandebrächten. Palin hat mit solchen Botschaften bei der konservativen US-Wählerschaft Erfolg. Es handelt sich bei der „Tea-Party-Bewegung“ ebenfalls um einen klassischen Versuch der Wendung kontextueller gegen institutionalisierte Politik.

Ein solcher direkter Zusammenhang zwischen Weltanschauungsdebatte, Philosophie und Politik wäre in Zentraleuropa freilich nicht nur undenkbar, sondern politisch inkorrekt. In den USA ist dies aber das ausschlaggebende Zentrum der Debatte. Der Kern dieser „right spirit“ („richtiger Geist“ oder „richtige Einstellung“) Debatte geschieht zwar nur mit Worten. Aber Worte sind in den USA eben aufgrund des Grundsatzverhältnisses zwischen ideellen und institutionalisierten Politikfaktoren viel wichtiger und einflussreicher als in Europa, wo politische Reden oft als „Gerede“ empfunden werden. In den USA dagegen schaffen sie wirklich

Realitäten. Dies nicht zuletzt deshalb, weil dieses Land - im Gegensatz zu Europa - von Anfang an eine Demokratie war.

Das Schlüsselmotiv der gegenwärtigen US-Innenpolitik: Die Wendung von Obamas Siegesstrategie gegen ihn selbst

Doch war das nicht gerade Obamas eigene Strategie: vorpolitische und kontextuelle Politikfaktoren wie Psychologie, Kultur, Ideen, Ideale usw. gegen die herrschenden, „normativ“ erstarrten Politikverhältnisse zu wenden - also Weltanschauungsfaktoren gegen das institutionalisierte Politiksystem? War das nicht gerade seine eigene Strategie, mit der er erfolgreich war?

Das war in der Tat der Fall. Eben genau dies ist der entscheidende Punkt, um die heutige Konstellation in den USA zu verstehen. Das verhältnismässige Übergewicht kultureller und kontextueller Politikfaktoren über normative Politikfaktoren, das die Republikaner heute bewusst medial fördern und gegen Obama ausnutzen, um gegen ihn mobil zu machen, ist massgeblich auch Obamas eigenes Werk, das sich nun gegen ihn wendet.

Alles hat mit der Art begonnen, wie Obama den Präsidentschaftswahlkampf 2007-08 geführt und gewonnen hat: Neue Ideen gegen eingefahrene Institutionen. Damit hat er aber einen gefährlichen Präzedenzfall geschaffen: Ideen gegen die staatlichen Institutionen ins Feld zu führen. Das war so in der US-Geschichte eigentlich niemals der Fall, weil – im Gegensatz zu Europa – in den USA der Staat nicht gegen falsche Ideale, sondern aus den „richtigen“ Idealen heraus entstanden ist, dort also Ideale der Freiheit, der Menschenrechte und der Individualität ursprungsgleich und eins mit dem Staat sind. Daher wird der Staat in den USA bis zu einem weit höheren Grad als in Europa als der Ausdruck guter Ideale verstanden. Was der Grund dafür ist, warum in den USA Nation, Ideal und Staat noch immer eine Einheit bilden - den „letzten Nationalstaat des Westens“, wie er oft genannt wird. Ganz anders als in Europa, wo intellektuelle Aufgeklärtheit geradezu als Widerstand gegen die Staatsmacht aufgefaßt wird und sich zum Beispiel die Politikwissenschaften spätestens seit 1968 als systemisches Antidotum und Korrektiv der Politik verstehen, nicht als deren wissenschaftliche Unterstützung und Hilfswissenschaft wie in den USA.

Was bedeutet das, wenn wir es auf die eingangs angeführte „Klientel“-Problematik des US-Systems rückbeziehen?

Ein US-Präsident kann einen Großteil der Washingtoner Staatsbediensteten nach eigenem Gutdünken berufen. Obama hat natürlich „seiner“ Klientel, die ihm an die Macht verholfen hat, im Januar 2009 die besten Positionen verschafft. Das waren in seinem Fall demokratische Parteikreise, Intellektuelle, Zivilgesellschaftler und auch „Alternativ“-Juristen, vor allem aber gebildete Kreise der oberen Mittelschicht, der Künstlerschaft und der Universitäten. Obama hat sie als Belohnung für seinen Wahlerfolg dazu befähigt, eine Rolle im Herzen des politischen Systems zu spielen: Meinung zu machen, öffentlichen Druck zu erzeugen, und damit die großen Richtungnahmen mitzubestimmen.

Als aber diese Kreise gegenüber seiner Durchsetzungskraft relativ früh skeptisch wurden, weil sie viel zu vieles in viel zu kurzer Zeit erwarteten, brach ein wichtiger Aspekt von Obamas politischem Rückhalt weg: der innere Ideen aspekt und seine natürlichen progressiven Träger als Motor der Veränderung.

Der Einfluss von Ideengruppen auf das heutige politische System der USA

Bedeutet dies also, daß Obama letztlich abhängiger von - im weitesten Sinne - Klientel-Interessen ist als seine Vorgänger?

Dieser Schluß liegt in Betrachtung der heutigen Situation nahe. Doch noch weit wichtiger als Interessensgruppen sind seit der amerikanischen Verfassung 1776 Ideengruppen. Das hat damit zu tun, dass die US-Verfassung aus klar freimaurerisch-rosenkreuzerischen Ideen heraus entstand und sich bis heute in den zivilreligiösen Grundlagen der Gesellschaft mehr oder weniger offen dazu bekennt. Ideale, Substanzideen und Essentialismen sind in den USA viel präsenter und offener mit der Politik und den Institutionen verbunden als in Europa. Jedesmal, wenn diese Ideenformationen sich mit Interessensgruppen verbinden, dann wird es sozusagen Ernst. Das war zum Beispiel unter George W. Bush der Fall, als irreguläre rosenkreuzernahe Kreise - in Gestalt der Gesellschaft „Skull and Bones“, das heisst: „Schädel und Gebeine“ - sich mit fundamentalistischen christlichen Interessen und Ölinteressen verbanden.

Das tat den USA nicht gut. Denn daraus entstand ein neuer gesellschaftlicher „Unitarismus“, in dem Geltungsgrenzen zwischen Diskursen und Systemlogiken verwischt wurden und wirtschaftliche, religiöse und politische Interessen sich zu einem undifferenzierten Filz verbanden, wodurch die innere und äußere Freiheit abnahm. Das politische System wurde entdifferenziert, und eine allgemeine Regression war die Folge. Das zeigten die Ergebnisse der Bush-Ära sowohl nach innen wie nach aussen.

Obama, der davon profitierte, hat die Lektion der Bush-Ära verstanden: dass „Unitarismus“ gesellschaftlich regressiv und Ausdifferenzierung progressiv wirkt. Auch weil er nach eigener Aussage insbesondere die Aussenpolitik des Vaters seines Vorgängers, George H.W. Bush, intensiv studiert hat. Bush Vater war ebenfalls Mitglied von „Skull and Bones“, der Ölindustrie und des „WASP“-Establishments - das bedeutet: der herrschenden Elite der USA: weiss, angelsächsisch, protestantischer Religion.

Obama ist einer der wenigen US-Präsidenten, die mit der darin zum Ausdruck kommenden Macht der Verbindung weltanschaulicher, ökonomischer und politischer Interessensgruppen zu brechen versuchen. Er versucht, progressive Ideengruppen an ihre Stelle zu setzen. Das ist in gewisser Weise revolutionär. Es ist aber auch, wie sich am Beginn seines zweiten Amtsjahres angesichts wachsenden Widerstandes nicht nur „von aussen“, sondern auch „von innen“ immer deutlicher zeigt, ein überaus schwieriges Unterfangen, das auf viel offenen, noch mehr aber auf verborgenen Widerstand hinter den Kulissen stösst.

Warum?

Obamas Weltanschauung und ihr Einfluss auf seine Politiken

Die Interessensgruppen der USA haben sich in der neueren Geschichte so dicht und intensiv mit geistig-weltanschaulichen Gruppen verbunden, dass hier ein Dickicht besteht. Obama stand und steht programmatisch für einen „tiefen“ Paradigmenwechsel, das heisst nicht nur für einen politischen und ökonomischen, sondern auch für einen geistigen und moralischen Wandel – ein Risiko, das man in Europa in seiner historischen Tragweite und Bedeutung nur unzureichend verstanden hat. Inwiefern?

In den vergangenen Jahren hatten vor allem ökonomische und christlich-fundamentalistische Gruppen, aber auch okkulte Ideen im Umkreis von irregulären freimaurernahen Ideengruppen wie etwa die Gruppe „Skull and Bones“ Zugang zum US-Präsidenten. Dazu expansionistisch-christliche Ideen wie etwa die eines Oswald Chambers (1874-1917), eines protestantischen Missionars und Kriegspfarrers, der die britischen Truppen im ersten Weltkrieg bei der Eroberung Palästinas und Jerusalems geistig betreute. Seine Schriften meditierte George W. Bush nach eigener Aussage jeden Tag um 6 Uhr morgens.

Obama hat in dieser Hinsicht keine dezidierte Ausrichtung, sondern ist viel pragmatischer als Bush. Er ist ein „rational Spiritueller“, der sich neben den im Umkreis der „Trinity United Church of Christ in Chicago“ veröffentlichten Schriften stark an dem Theologen Reinhold Niebuhr (1892-1971) orientiert. Dieser trat für eine Modernisierung von Religion und ihres Verhältnisses zu Politik und Gesellschaft ein, war ein Sozialist und einer der Hauptvertreter des Gedankens vom „gerechten Krieg“. Letzterer spiegelte sich zum Beispiel in Obamas Friedensnobelpreisrede vom 10. Dezember 2009 wieder. Niebuhrs bekanntester Text ist das sogenannte „Gelassenheitsgebet“, das vermutlich während dem zweiten Weltkrieg entstand, und das Obama nach eigener Aussage seit vielen Jahren täglich meditiert. Es lautet:

„Gott, gib mir die *Gelassenheit*, Dinge hinzunehmen, die ich nicht ändern kann, den *Mut*, Dinge zu ändern, die ich ändern kann, und die *Weisheit*, das eine vom anderen zu unterscheiden.“⁵

Der Einfluss Niebuhrs spiegelt sich aber auch in der Art wieder, wie Obama Menschen beurteilt. Er beurteilt sie nicht nach ihrem „rechten Glauben“ wie Bush, sondern nach ihrem individuellen Charisma und nach ihren geistigen Errungenschaften Fall für Fall. Das wird aus seiner engeren Umgebung glaubwürdig berichtet. Aber das ist zugleich sehr gefährlich für ihn. Denn wer sich auf den einzelnen Menschen verlässt und dafür die „organisierte“ Anhängerschaft im institutionellen Sinn vernachlässigt, hat die Gruppen-Klientels und vor allem ihre professionellen Vollzeit-Vertreter in Washington generell gegen sich. Man kann sich in Europa kaum vorstellen, welchen Druck diese Vertreter entfalten können, und welche Macht sie hinter den Kulissen tatsächlich besitzen. Sie sind in der Lage, einem Präsidenten das Leben und die Entscheidungen so schwer wie nur möglich zu machen – oder diese Entscheidungen durch Obstruktionspolitik gar zu verunmöglichen.

⁵ U.a. in: <http://de.wikipedia.org/wiki/Gelassenheitsgebet>.

Ist Obama in Summe also tatsächlich ein „rational spiritueller“ Mensch, wie er bei öffentlichen Auftritten, in Interviews und in seinen Schriften immer wieder aktiv unterstreicht? Und wenn ja, wie macht sich das bemerkbar?

Insgesamt kann man sagen: Mit europäischen Freiheits- und Individualitätsphilosophien, darunter vor allem der „Philosophie der Freiheit“ (1894) des österreichischen Sozialreformers und Philosophen Rudolf Steiner (1861-1925) als Lesegrundlage kann man vieles von der heutigen Änderung in den USA im Übergang von der *Religiosität* eines George W. Bush zur *Spiritualität* Barack Obamas besser verstehen als mit den klassischen US-Theorien von Pragmatismus und Idealismus - aber auch als mit den meisten herkömmlichen politischen Theorien, und zwar eben deshalb, weil diese Änderung im Fall Obamas so stark idealistisch, „kontextuell“ und liberal geprägt ist.

Wenn Bush eine Art konfessioneller Theosoph von „Skull and Bones“ Gnaden bei gleichzeitiger naiv realistischer Glaubensmythologie war, so ist Obama in seiner Weltanschauung viel näher an einer europäisch-protestantisch gefärbten „Philosophie der Freiheit“. In seinen dazu zahlreich, wenn auch verstreut und unsystematisch vorliegenden Statements, darunter vor allem ein in Buchform erschienenes Langinterview zu seiner Spiritualität, das er mit der angesehenen Journalistin Cathleen Falsani bereits vor seiner Präsidentschaftskandidatur im Jahr 2004 führte,⁶ betont er immer wieder, dass er versuche, sich seinen „geistigen“ Erfahrungen bereits während ihres Geschehens kritisch gegenüberzustellen – eine frappierende Nähe zur „rational-spirituellen“ Forderung Steiners, „sich der Idee erlebend gegenüberzustellen, sonst gerät man unter ihre Knechtschaft“ (die im übrigen ähnlich auch die ebenfalls „neo-integrativen Idealisten“ Jean Gebser und Teilhard de Chardin stellten)!

Obama zeigt insgesamt immer wieder Züge, die ihn in die Nähe einer modernen, rationalen Freiheitsspiritualität stellen, wie sie zum Beispiel Steiner, Gebser und de Chardin, aber auch andere „in der Vereinigung von Hegel, Goethe und Kant phänomenologisch gereifte Idealisten“ wie etwa Carl Fortlage im 19. und 20. Jahrhundert für Europa grundlegten, und wie sie freimaurerisch-rosenkreuzerische Ströme bereits lange vorher explizit an die Grundlage der US-Verfassung stellten.

Die dreifache Entwicklung in den zeitgenössischen USA und die Anforderung an die zentraleuropäischen Politikwissenschaften

Es macht meines Erachtens wenig Sinn, derartig konstitutive Zusammenhänge zwischen Politik, „realistischem“ Idealismus und „Geistrealismus“ länger zu ignorieren, kleinzureden oder als „private Überzeugungen“ abzutun, wie es Teile der akademischen Politik- und Sozialwissenschaften insbesondere des deutschsprachigen Kontinentaleuropa im Hinblick auf

⁶ C. Falsani: The God Factor. Interview with Senator Barack Obama about his Spirituality. March 27, 2004. In: C. Falsani's Blog: The Dude Abides, <http://falsani.blogspot.com/2008/04/barack-obama-2004-god-factor-interview.html>. Vgl. die leicht abweichende Fassung in: <http://blog.beliefnet.com/stevenwaldman/2008/11/obamas-interview-with-cathleen.html>. Das Gespräch wurde ursprünglich in der Chicago Sun Times abgedruckt und floss später in das Buch von C. Falsani ein: The God Factor: Inside the Spiritual Lives of Public People. FSG 2006.

Obamas Weltanschauung noch immer tun, weil sie - aus guten Gründen - die affirmative Auseinandersetzung mit „substantialistischen“ Ideenentwürfen aufgrund der Erfahrungen mit den Totalitarismen des 20. Jahrhunderts tabuisiert haben. Sie taten dies für Zentraleuropa zu Recht, aber sie taten es undifferenziert gegenüber *jedlichem* Substanzanspruch und Geistrealismus. Diese Paradigmenhaltung war und bleibt zwar verständlich, und sie erbrachte bedeutende, unverzichtbare Errungenschaften wie nachhaltige Liberalisierung und Emanzipation, hinter die nie mehr zurückgefallen werden darf. Zugleich behindert sie heute in ihrer bestehenden paradigmatischen Einseitigkeit aber das zentraleuropäische Verständnis der Vorgänge im „Inneren“ des Politischen Amerikas erheblich. In den USA ist heute *erstens* eine „Resubstantialisierung“, *zweitens* eine Mobilmachung kontextueller und vorpolitischer Politikdimensionen gegen das institutionalisierte Politische, *drittens* eine allgemeine weltanschauliche Mobilmachung zu machtpolitischen Zwecken im Gange. Diese dreifache Entwicklung kann ohne affirmatives Verständnisbemühen gegenüber den ausnahmslos auf allen Seiten im Spiel befindlichen „essentialistischen“ Paradigmenanteilen nicht hinreichend erfasst und kritisch begleitet werden.

Es gilt hier daher meines Erachtens, nach dem Ende der Nachkriegszeit 1989/91 auch in den Paradigmen der zentraleuropäischen Politikwissenschaften einen Schritt weiter zu machen in eine ausgewogenere und differenziertere Anschauung. Diese müsste die bisherige universal ideologie- und anspruchskritische Paradigmen-Haltung mit ihrem Kernziel der Verteidigung von Geltungsgrenzen zwar rückhaltlos und aktiv fortsetzen, aber darüber hinaus auch einen gemäßigten Idealismus mit dem gängigen Nominalismus zusammenzuschauen versuchen. Und zwar nicht aus intellektuellem Wagemut, sondern weil diese Verbindung der (ideen-)geschichtlichen Entstehung und Entwicklung der USA entspricht, ja an ihrer Grundlage steht, und weil ohne sie heute weder Obama noch seine Gegner und ihre Strategien ausreichend zu begreifen sind - wie sowohl er selbst wie sie immer wieder betonen. Dies scheint mir aber auch entscheidend, damit Europa nicht hinter Amerikas langsame, aber historisch stetige „integrative“ Paradigmen-Entwicklung zurückfällt.

Obamas politischer Manichäismus

Diese Paradigmen-Entwicklung zu verstehen, heisst natürlich auch, ihre eingebauten Widersprüche und Ambivalenzen zu erkennen. So besteht zum Beispiel nicht nur eine innere Spannung zwischen Obamas doppeltem Bemühen sowohl um eine „realistische“ wie um eine „rationale Spiritualität“ im Sinne Niebuhrs und Steiners, sondern auch ein offener Gegensatz zwischen dieser Bemühung und seiner manchmal naiv „realistisch“ anmutenden Auffassung des Bösen, wie sie sich zum Beispiel in seiner Nobelpreisrede vom 10. Dezember 2009 ausdrückte.

Viele Beobachter stellten sich angesichts dieser in Teilen fast reaktionär anmutenden Rede die Frage: „Packt“ Obama seine diesbezüglichen Ansichten nur rhetorisch „besser ein“ als George W. Bush, denkt aber letztlich zumindest in gewissen Schichten seiner Vorprägung und Anschauungsbildung in ähnlichen Kategorien?

In dieser Rede war in der Tat mehrfach von „dem Bösen“ die Rede, das im Zeichen des wahren Menschentums und der Freiheit bekämpft werden müsse. Dieses „Böse“ erscheint bei Obama, genauso wie bei seinem Vorgänger George W. Bush, als eine gewissermassen

eigenständige Kraft in der Welt. Nicht weniger als 36 Mal verwendete Obama das Wort „Krieg“, immer in Verteidigung des „gerechten Krieges“. Das war gewiss eine der aussergewöhnlichsten und paradoxalsten Preisreden eines Friedensnobelpreisträgers, die je gehalten wurden, kulminierend in der Aussage: „Krieg wird es immer geben.“⁷

Wenn das ein Friedensnobelpreisträger ausgerechnet bei der Ehrungszeremonie sagt, die der Herbeiführung des Endes der Kriege dienen soll, dann gibt es eigentlich nur drei Möglichkeiten:

1. er ist extrem realistisch;
2. er ist ein Manichäer (als der sich, mit dem Zusatz „säkularer“ Manichäer, im übrigen mittlerweile auch der heutige Jürgen Habermas bezeichnet);⁸
3. er will mittels eines aussenpolitischen Auftritts bei einer „fremdländischen“ Veranstaltung, die im Grunde dem Geist der USA nicht entspricht, ein innenpolitisches Signal der Stärke, des Realismus und des überzeugten Festhaltens an den US-Idealen an seine eigene Bevölkerung senden.

Ich glaube an eine Mischung aller drei Motive, mit starkem Akzent auf dem letzteren, dem innenpolitischen Anliegen. Warum?

Man darf *einerseits* nicht vergessen, dass die Verleihung des Friedensnobelpreises nach bereits wenigen Monaten im Amt Obama innenpolitisch mehr geschadet hat als vieles andere: Er erhielt - eben auf der vorkontextuellen Ebene der Weltanschauungsdiskussion - den Ruf des „abgehobenen Weltstars“, der von der Welt grundlos vergöttert werde, ohne etwas geleistet zu haben, und der daher irgendwie eher für die Welt als für die USA arbeite. Und das mögen die Amerikaner ganz und gar nicht. Daher war ein starkes innenpolitisches Signal der Zugehörigkeit nötig.

Obama kann *andererseits* aber trotz seiner „rationalen Spiritualität“ insgesamt auch als eine Art politischer Manichäer gelten, wenigstens von seinem pragmatischen Wirklichkeitszugang her - wie im übrigen alle US-Präsidenten seit dem 1. Weltkrieg. „Das Böse“ ist für Obama eine Realität, wie auch für seinen Vorgänger George W. Bush, und seine Nobelpreisrede hätte nach übereinstimmender Meinung der meisten Beobachter deshalb auch von Bush sein können.

Im Vergleich wird sichtbar: Beide waren und sind Geistrealisten, und beide hatten und haben eine starke manichäische Färbung, sobald sie ihre - an sich sehr unterschiedlichen - Auffassungen und Praktiken von „Spiritualität“ in die politische Praxis tragen. Das hat weniger mit den Personen, sondern vielmehr mit dem Amt zu tun: mit der Geschichte der USA als Heilsträger der Freiheit, auch mit den rosenkreuzerisch-freimaurerischen Grundlagen und mit der

⁷ B. Obama: Remarks at the Nobel Peace Price Ceremony in Oslo, December 10, 2009. Released by the White House. In: The New York Times, December 10, 2009.

⁸ Ein „Manichäer“ ist jemand, der glaubt, dass die Welt zwischen zwei Göttern geteilt ist, die um sie kämpfen, und zwar in und ausserhalb des Menschen: das Gute und das Böse. Es gibt also streng genommen nicht einen, sondern zwei Götter, die um den einen Ort kämpfen, an dem sich das Schicksal des Kosmos und seiner Evolution versammelt, konzentriert und entscheidet: um die Seele des Menschen. Ein „politischer Manichäer“ ist jemand, der seine Handlungen im Zeichen dieses Kampfes verortet und seine Entscheidungen unter dessen Bedingungen trifft.

Mischung von Protestantismus mit calvinistischer Arbeitsethik in den idealistischen Grundlagen des Landes. Das Amt färbt die Spiritualität der Person ein. Es ist in gewisser Weise größer als die Person, gleichzeitig aber auch wiederum von ihrer Freiheit abhängig.

Es ist dies im Grunde derselbe Gesamtzusammenhang zwischen „subjektiv“ und „objektiv“ wie in der oben erwähnten „Philosophie der Freiheit“ Rudolf Steiners: Der Amtsinhaber muss sich dem Amt erlebend gegenüberstellen, sonst gerät er unter seine Knechtschaft. Das haben auch „kantianische“ europäische Politiker wie zum Beispiel Helmut Schmidt erfahren müssen; nur war bei ihnen der Bezug zwischen Weltanschauung, Geisteshaltung und politischer Funktion weit weniger explizit und direkt als in den heutigen USA.

In den USA muss bis heute jeder Präsidentschaftskandidat öffentlich angeben, welchen Weltanschauungsgemeinschaften er angehört. Bush gab „Skull and Bones“ und eine protestantische Kirchengemeinschaft an; Obama gab neben europäischen und US-Philosophen und –Theologen die Chicagoer Kirche seines ehemaligen Mentors Jeremiah Wright an. Letztere ist stark manichäisch und politisch - im Sinn des „Civil Rights Movements“, aber auch einiger ethnopolitischer „rechts-emanzipatorischer“ Kreise - gefärbt.

Es stellen sich aus der Beobachtung dieses offenbar zentralen Einflusses zwischen Idee und Wirklichkeit bei Obama natürlich viele Fragen. Wenn man sie stellt, wird man allerdings - eben dadurch - unversehens wenigstens bis zu einem gewissen Grad selbst zum „politischen Manichäer“: Produziert Politik von sich aus Manichäismus als Weltanschauung? Heisst in die politische Wirklichkeit des 21. Jahrhunderts einzutreten in gewisser Weise bereits, zum Manichäer zu werden? Immerhin muss man Entscheidungen treffen in einem zunehmend komplexitätsgesättigten Umfeld, das durch eine zunehmenden Polarisierung der Lager und der Ideen gekennzeichnet ist.

Ich würde diese Fragen nicht beantworten wollen, sondern hier als Anregung offenlassen.

Die US-Politikwissenschaft stellt diese und ähnliche Fragen ständig und in großen, viel rezipierten Abhandlungen, und sie stehen heute im Zentrum auch der öffentlichen politischen Debatte der USA. Europa, insbesondere Zentraleuropa, hat sie aus dem Vernunftdiskurs verdrängt.

Ich denke, dass es sie zumindest in ideengeschichtlicher Sichtweise, vergleichender Perspektive und heuristischer Absicht wiederzugewinnen gilt, um die Motivationen, Denkweisen und Ambivalenzen führender Staatsvertreter der USA der Gegenwart besser zu verstehen.

Die Perspektiven: Die heutige „große Neuausrichtung“ der USA unter Barack Obama – und ihre Folgen für Europa

Wo liegen die Perspektiven der beschriebenen Konstellation im Inneren der heutigen USA? Und: Was will Obama wirklich? Wofür kämpft er nach eigener Aussage so energisch, dass er dafür sogar eine mögliche Nichtwiederwahl in Kauf nimmt, die seiner „kulturellen“ Ablehnung durch Mehrheitsteile der US-Bevölkerung geschuldet sein könnte?

Obama will die USA auf neue Grundlagen stellen, damit sie in der neuen Weltkonstellation des 21. Jahrhunderts reüssieren. Dazu will er ihren „ursprünglichen“ idealistischen Geist wiedererwecken, um sie zu befähigen, die Dinge mit neuer Inspiration zu verändern und dadurch die USA in „vertieft neue“ Formen und Orientierungen für das 21. Jahrhundert zu gießen. Ziel ist die Erreichung einer „neuen Qualitätsstufe“ der US-Zivilisation für die kommende Moderne.⁹

Das gilt für die Wirtschafts- und Sozialstruktur, es gilt für das Gesundheitswesen, für das Verhältnis der öffentlichen Vernunft zu Technologie und Forschung, aber auch für die längst überfällige Reform des politischen Systems, zum Beispiel des Wahlsystems. Unter anderem findet von 2011 an eine Neueinteilung der Wahlbezirke (congressional redistricting) statt, um bei den Kongresswahlen 2012 größere Gerechtigkeit zwischen Stimmen und Repräsentation herzustellen. Darauf bereiten sich Republikaner und Demokraten bereits heute intensiv vor.

Am wichtigsten aber ist die allgemeine, grundlegende Einsicht in den großen Wandel, der sich heute global vollzieht – und in den Obama die programmatisch versprochene „glaubwürdige Veränderung“ (*change we can believe in*) ausdrücklich einbetten will. Diesen globalen Wandel nehmen alle Kreise der USA - Politik, Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft, aber auch der religiöse Bereich - durchgängig viel ernster als die Europäer. Die Diskussion darüber beherrscht hier jeden Tag das kollektive Nachdenken, sie ist allpräsent in der öffentlichen Vernunft, während sie in Europa bislag nur eine untergeordnete Rolle spielt.

Der Analytiker Zareed Fakaria fasste die alles entscheidende, zentrale Einsicht, die sich im Rahmen dieser Diskussion heute in den USA durchsetzt, kürzlich prägnant so zusammen: „Die Entwicklungsgeschichte von Großmächten zeigt, dass sie, um ihre Position zu wahren, die Quellen ihrer Macht, nämlich ökonomisches Wachstum und technologische Innovation, erhalten und stärken müssen. Sie zeigt aber auch, dass sie sich auf die Zentren globaler Macht, nicht auf deren Randgebiete konzentrieren müssen. Es ist in dieser Hinsicht wichtig, sich daran zu erinnern, dass in den folgenden hundert Jahren die dominante Position Amerikas in Asien – ihre Rolle als ausgleichende Macht in der Pazifikregion - ausschlaggebend sein wird für den Erhalt der Rolle der USA als Weltmacht.“¹⁰

Was bedeutet das?

Es bedeutet, dass Europas Bedeutung schnell und nachhaltig sinkt. In den USA wendet man sich heute massiv von Europa ab – weil man die Zukunft der eigenen Stellung in der Welt in der Rolle erkennt, welche die USA im Pazifik spielen werden. Obama ist der erste Präsident, der mit diesen langfristigen strategischen Einsichten Ernst macht: Er bricht mit Bushs „Anhänglichkeit an Europa“. Paradoxerweise wird Obama währenddessen gerade in Europa am meisten verehrt und mystifiziert. Im Januar 2010 fand in Frankfurt am Main sogar die Uraufführung eines ihm gewidmeten Musicals statt – nicht zufällig in Deutschland.

⁹ Siehe programmatisch B. Obama: *Dreams from my Father. A Story of Race and Inheritance*, Three Rivers Press 1995; sowie ders.: *The Audacity of Hope. Thoughts on Reclaiming the American Dream*, Vintage 2006. Vgl. auch B. Obama: *A faith in simple dreams*. In: *Time Magazine*, <http://www.time.com/time/politics/article/0,8599,1818037-2,00.html>.

¹⁰ F. Zakaria: *The Post-Imperial Presidency. Realism and Idealism in the Age of Barack Obama*. In: *Newsweek*, December 5, 2009, <http://www.newsweek.com/id/225824>.

Baer zurück zu den Dingen die zählen: Worin genau besteht die „große“ Neuausrichtung Obamas?

Obama bereitet die USA auf die „globale Systemverschiebung“ vor, die in vier großen Dimensionen stattfinden wird:

1. Das Ende der „neuen Weltordnung“, das heisst der Ära seit den 1990er Jahren, in der die USA die Welt als einzige Supermacht dominierten, und die Entstehung einer multipolaren Welt, in der die pazifische Region immer mehr an Bedeutung gewinnt, während Europas Bedeutung abnimmt;
2. die Ablösung der „Postmoderne“ als säkulares, „dekonstruktives“ Kulturmodell des Westens durch andere, komplexere Kulturmodelle, die Nominalismus und Geistrealismus verbinden;
3. das Ende des „Neoliberalismus“ und die Notwendigkeit von nachhaltigeren und gerechteren Wirtschafts- und Technologieformen;
4. die „Renaissance der Religionen“ und damit die Herausforderung der Verbindung von Rationalität und Spiritualität.

Es entsteht insgesamt eine Welt von „miteinander im Wettstreit liegenden Modernitäten“ („competing modernities“). In dieser werden Gesellschaften wie China technologisch und wirtschaftlich ähnlich entwickelt sein wie der „Westen“, aber ganz andere Auffassungen davon haben, was ein „gutes Leben“ und eine „gute Gesellschaft“ ist – Auffassungen, die zum Beispiel im Fall Chinas nicht an Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechte gebunden sind, sondern eher an Harmonie, Stabilität und Einheit.¹¹ In diesem Feld werden sich die westlichen Ideen von Moderne bewegen müssen.

Darauf bereitet Obama die USA vor. Es ist wie ein riesiges Schiff, das langsam den Kurs ändert – langsam, weil das Schiff eben so groß ist, aber unweigerlich. Der Kurs wurde bereits geändert. In Richtung Pazifik, in Richtung Asien.

Schlussfolgerung und Ausblick

Welche Bilanz der bisherigen Amtszeit Obamas lässt sich zusammenfassend ziehen? Hat sich die Welt seit Obamas Amtsantritt durch sein Wirken verändert? Und, wenn ja, in welche Richtung?

Soweit sichtbar ist, kann man zur Hälfte von Obamas zweitem Amtsjahr sagen: Die Welt hat sich in Richtung einer liberaleren und weniger imperial geprägten Weltordnung verändert, aber auch in Richtung Pazifik. Vergessen wir nicht, dass Obama selbst in Hawaii geboren wurde, zum Teil in Indonesien aufwuchs und Verwandtschaft in mehrere „Rassen“ hinein hat: „schwarz“, „weiss“, asiatisch. Obama ist als Person bereits eine „Mischung“ der Zukunft, auf die die USA nun unter seiner Führung weltpolitisch hinsteuern.

¹¹ M. Jacques: When China Rules the World. The End of the Western World and the Birth of a New Global Order, Penguin Press 2009.

Und wo liegt Obamas eigene Perspektive - für die zweite Hälfte von 2010, und darüber hinaus?

Die in Obamas komentenhaftem Aufstieg mit angelegte Ambivalenz kommt in der ersten Hälfte seines zweiten Amtsjahres politisch zum Tragen. Sie hat in die heutige „grosse Obama-Spaltung“ (the great Obama divide) der USA nicht nur zwischen Konservativen und Liberalen, Republikanern und Demokraten, sondern vor allem zwischen vorpolitisch-kontextuellen und normativ-institutionalisierten Politikdimensionen geführt. Sie hat - wenn auch unwillentlich - ein Klima erzeugt, in dem eine allgemeine Mobilmachung weltanschaulicher Faktoren gegen die institutionalisierte politische Macht vorherrscht.

Obama hat unter dem wachsenden Druck dieser Verhältnisse nun bis zu den „midterm elections“ im November 2010 Zeit, konkrete, zählbare, sichtbare Erfolge einzufahren. Dabei sind innenpolitische Erfolge deutlich wichtiger als aussenpolitische. Obama wird deshalb die Aussenpolitik weiterhin dazu benutzen, um innenpolitisch Boden gut zu machen – wie er es bereits in den zwei Schlüsselreden seines ersten Amtsjahres zu Afghanistan am 1. Dezember 2009 und anlässlich der Entgegennahme des Friedensnobelpreises am 10. Dezember 2009 tat. Und er muss nun nach dem äusserst knappen Erfolg bei der Gesundheitsreform US-intern weitere Gesetze durchbringen, Änderungen konkretisieren. Nutzt Obama dieses Zeitfenster nicht, und bleibt es wie bisher bei Ankündigungen und Worten, dann steht, wie gut die Rhetorik Obamas auch immer sein mag, seine Zukunft in Frage. Denn dann werden auch seine Worte rasch an Wirkung verlieren – sogar in den traditionell „wortehörigen“ USA.

Was bedeutet das für uns Europäer?

Es gilt nun meiner Meinung nach gerade in dieser schwierigen Lage, Obamas idealistischen Impetus entschieden zu unterstützen und zu stärken. Ich war stets für vernunftgemäße Entzauberung und Kritik, als Obama irrational in den Himmel gejubelt wurde; nun bin ich für vernünftige Solidarität und gerechte Anerkennung. Obama ist der einzige, den ich derzeit in den USA, vielleicht sogar in der „westlichen“ Welt insgesamt sehe, der das Ideal mit der Wirklichkeit ernsthaft, als Persönlichkeit und Mensch, verbinden will, und der auch den Instinkt und das Talent dazu hat. Obama ist eine Persönlichkeit, die mit aller individuellen Kraft eine balanciertere und gerechtere Welt will. Er verdient deshalb Vertrauen nicht nur kurzfristig, sondern auch durch Schwierigkeiten und Abgründe hindurch – und gerade dann am meisten. Im klärenden, blendenden Licht des Problems beweist es sich nämlich, was wir wirklich glauben, woran wir uns halten, was wir wirklich wollen – nicht in Zeiten des Erfolges, wo alle Katzen grau sind vor blinder Euphorie.

Wir Europäer sollten Obama meiner Meinung nach deshalb nun vergleichsweise grosszügig unterstützen - zumindest so lange, bis die Verhältnisse für ihn wieder so gut sind, dass wir ihn wieder kritisieren müssen. Dies nicht zuletzt auch, um Europa wieder stärker in sein Sichtfeld zu bringen. Ich halte Obamas Abwendung von Europa für eine besorgniserregende Entwicklung, die letztlich nur wir Europäer selbst korrigieren können.